

Studierendenschaft der Goethe-Universität
Körperschaft Öffentlichen Rechts
Das Parlament der Studentinnen und Studenten

Protokoll der achten Sitzung des Studierendenparlaments am 10.02.2025

DAS PRÄSIDIUM DES STUDIERENDENPARLAMENTS
Studierendenhaus
Mertonstraße 26 – 28
60325 Frankfurt am Main
studierendenparlament@uni-frankfurt.de
Telefon (0 69) 798 – 23181

Beginn der Sitzung: 18:21 Uhr

Ende der Sitzung: 22:01 Uhr

Anwesenheit per Anwesenheitsliste (siehe Anhang)

1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit (§ 11 Abs. 5 SdS)	2
2 Feststellung der Tagesordnung	2
3 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 20.01.2025 (Drs. 2024/25/28)	2
4 Wahl der studentischen Vertreter*innen im Projektrat	2
5 Anträge	3
6 1. Lesung Wahlordnung (Drs. 2024/25/29)	8

1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit (§ 11 Abs. 5 SdS)

Die Präsidentin eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

RL: TOP 8 auf TOP 4 **DL:** TOP 8 auf TOP 5, damit die aufgestellten Personen für den Projektrat gehen können.

3 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 20.01.2025 (Drs. 2024/25/28)

Abstimmung über das Protokoll:

DAFÜR: 16
DAGEGEN: 0
ENTHALTUNG: 2

Das Protokoll wurde angenommen.

4 Wahl der studentischen Vertreter*innen im Projektrat

Präsidentin: es werden 2 Positionen gewählt.

DL: schlagen Julian van Endert vor.

Jusos: schlagen Christopher Posselt vor.

Julian: studiert Theater, hat Erfahrung im AstA & selbstverwalteten Sachen, freut sich das weiterzumachen

SDS: was sind deine zentralen punkte, die du umsetzen möchtest?

Julian: vor allem kritische Wissenschaften fördern

SDS: was ist ein allgemeiner Grund, dich dafür wählen zu lassen?

Julian: macht spaß, will dass Studierende mitbestimmen können

SDS: Der Projektrat sagt, wie bestimmte Gelder verteilt werden, wie stehst du dazu?

Julian: ja, Studis können Anträge für verschiedene Projekte beantragen, geht wesentlich einfacher als über andere Wege

SDS: was für Kriterien hast du, welche du annehmen /ablehnen würdest; mit einem Beispiel. Du kennst ja bestimmt schon einige

Julian: es laufen aktuell sehr wenige Projekte, würde sich freuen, wenn dann Projekte finanziert werden, im Moment beispielsweise marxistische Arbeit etc. Alles was sexistisch, antisemitisch ist wird abgelehnt

SDS: welche Antisemitismusdefinition nutzt ihr? (IHRA oder jerusalem declaration) Julian: nutzen keine spezifische Definition; ist nicht förderlich das auf eine Definition herunterzubrechen

GO-Antrag Schließung der Redeliste

SDS Gegenrede: Wir wählen jemanden; er kann sich ja entscheiden, nicht zu antworten; das wäre undemokratisch

Abstimmung GO-Antrag:

DAFÜR: 15
DAGEGEN: 3

ENTHALTUNG: 1

Die Redeliste wurde geschlossen.

RCDS: Gibt es Gruppen, die die eure Antisemitismusdefinition nicht teilen?

Julian: zB SDS, hat schon einige Diskussionen erlebt dazu.

Präsidentin: Chris ist nicht da, hat letztes Jahr das Protokoll gemacht, ihr kennt ihn.

1. Wahlgang:

Julian:

DAFÜR: 12

DAGEGEN: 8

Chris:

DAFÜR: 15

DAGEGEN: 5

beide sind für den Projektrat gewählt.

5 Anträge

RL: letter of intent, Abschlusserklärung diverser universitärer Einrichtungen zur Übergabe des Studihauses. die Stadt sollte nach universitärer Nutzung das Haus kaufen. Idee, dass das schon vorher passiert, dieses sanieren bei laufendem Prinzip, um es dem offenen Haus zur Verfügung zu stellen. so lange der AStA im Haus ist verwaltet dieser das Haus, dazu auch KOZ, Festsaal etc. nach Umzug ins neue Haus wird die Verwaltung ans offene Haus übergeben.

SDS: alles was du mehr zu ausführen kannst wäre super; konkret: die ABG holding übernimmt das - nur zur Sanierung. gibt kein rechtlich bindendes Dokument, dass die Studis und Uni das Verwaltungsrecht haben

RL: wird schriftliche Vereinbarung zwischen AStA ud ABG geben, dass der AStA weiter verwalten wird. LOI ist Absichtserklärung dazu

SDS: Problem: gibt Kaufvertrag aus 2011 für alle Gebäude. Problem dass das ABG das kauft und alles dann teuer verkauft. der LOI das saniert, aber aus dem Kaufvertrag rausgeht. wichtig die ABG raus zuhaben.

Jusos: wie Sanierung bei laufendem Betrieb?

RL: von Juristen empfohlen, das vage zu formulieren, wenn es gebrauchte Räumlichkeiten gibt kann das entsprechend geregelt werden.

Jusos: aber wenn die einmal saniert werden, kann man ja nicht im Nachhinein das auswählen. es ist utopisch, das koz dann weiterlaufen zu lassen

DL: rückfrage: beim LOI wird auf den Anhang verwiesen, der ist nicht dabei.

RL: das eine ist das Nutzungskonzept vom OH, dafür sind Leute hier die das erklären können. das andere ist der side letter, da gab es noch keine Antwort zur uni. die antwort muss aber auf den LOI aufbauen;

Präsidentin: wichtig, dass das heute noch geklärt wird; wie die räumliche Gestaltung nach der Sanierung ist; da die Sanierung wohl auch länger dauert.

RL: Gäste können mehr zu sagen; zum Sanierungskonzept. wann/wie was saniert werden soll; gibt dann Plenum zwischen Uni, ABG etc; welcher Zeitliche rahmen und so für die Sanierung gegeben sein soll. etwa im Frühjahr mit den Parties kann das KOZ nicht saniert werden. dafür sitzen wir mit der ABG und besprechen die Sanierungspläne

SDS: der weiterbetrieb steht im LOI drin, ist aber nicht rechtlich bindend. wenn falsche dinge behauptet werden, ist die gesamte Zustimmung wichtig. werden die entstehenden Verträge vom StuPa abgestimmt werden?

GHSG: das Studiwerk unterhält 60 Wohnungen, welche günstig abzugeben werden, mit dem LOI wird es Mieterhöhungen geben die auf die Studis abgewälzt werden. das müsste im LOI oder Nachfolgeverträgen gelöst werden. dass es eine Übergabe ans OH geben, das OH wird wohl sinnvoll über die Wohnheimplätze verwalten so lange keine Mehrheit für den LOI gibt, werde ich diesen nicht unterschreiben, dazu gibt es verschiedene Meinungen im Vorstand.

Gast: es werden keine Wände rausgerissen, es soll und kann nicht viel daran gemacht werden

Gast: haben mit Initiativen ein Nutzungskonzept erarbeitet nach AStA-Auszug. das sieht vor, eine Nutzung zu gewährleisten wie sie jetzt ist, evt auch dass die Flure mitgenutzt werden können. was mit dem Umsetzungskonzept nutzbar ist wird mit allen aktuellen Nutzern abgestimmt, auch wie die Nutzung während der Sanierung stattfindet.

Gast: das OH hat kein Interesse an einer Mieterhöhung. gehen davon aus dass es so ähnlich bleibt. sind seit 2009 am kämpfen, dass das Haus bestehen bleibt und es unter Denkmalschutz zu stellen. sehen im LOI die Chance, ABG rauszubekommen.

Präsidentin: Anknüpfung an den SDS: unerlässlich, über die folgenden Verträge abzustimmen. auch wenn wir den nicht bindenden LOI abstimmen, wäre das trotzdem wichtig, es muss durch das StuPa gehen.

RL: zur Miete: wegen der Sorge des Studiwerks; dass der Mietzins nicht auf Mieter umgelegt werden darf. sollte der LOI nicht unterschrieben werden, werden die Wohnraumplätze ebenfalls wegfallen. Zum StuPa: sind ja hier, weil das StuPa abstimmen muss und der AStA-vorstand das nicht einfach so bestimmen kann Jusos: es geht um 200EUR Mieterhöhung. die uni erhebt von Studiwerk miete aber nicht andersherum. Finde das nicht zumutbar. sehe keine Notwendigkeit, das von vornherein zu entscheiden. das Studiheim unterhält mehrere Wohnheime mit der ABG, aber hat keine Telefonnummer.

RCDS: der Antrag suggeriert, dass er vom AStA eingebracht wurde, das ist fehl-leitend. man versuch sich ja auch, hier gegenseitig auszuspielen. 200EUR erscheinen mir aber unrealistisch. wann würde das eintreten? nach der Sanierung oder irgendwann? dann nach der Übergabe. hätte dem Antrag gut getan, das zu klären. warum wurde sich vorher nicht zu geeinigt?

GHSG: für Kontext: die HSGs stehen - bis auf die LiLi - zu dem LOI, also die Mehrheit. das Thema ist sehr umfangreich deswegen diskutieren wir miteinander. ich mache das, weil ich die demokratischen Entscheidungen hochhalte.

SDS: als Anmerkung: was schade ist, dass man von den Berichten nichts zu hört, man wurde nicht in den offenen Prozess mit einbezogen, wir wären alle informierter gewesen. an die LiLi: warum wollt ihr nicht unterschreiben? will eure Punkte zu hören. hab zu den Mieten es noch nicht verstanden, warum die erhöht werden müssen. Da ist die frage, ob das umgangen werden kann. was hat das für Auswirkungen auf das neue Studihaus, welches schon 2021 stehen sollte. was befürchtet man, wenn der LOI nicht unterzeichnet werden. wenn der Stadtrat sich politisch ändert und der LOI nicht bindend ist - was ist da geplant? das ganze ist ja nur zum Vorteil der Studis und der ansässigen Gruppen

RL: es fanden ja Haustreffen statt, da war der LOI aber noch nicht da wo er jetzt ist; haben berichtet dass wir bei der Stadt, beim Land waren etc. Zum neuen Studi Haus: es wird festgelegt, dass das Land und die Stadt sich beteiligen. es is im sinne der Stadt, dass der AStA nicht ewig i malten Studihaus ist. es gibt aktuell Pläne, wie das neue Studihaus gebaut werden soll. geplant ist der Spatenstich nächstes Jahr, die Architekt*in muss neu ausgeschrieben werden, etc. das alles muss neu angegangen werden. das alles betrifft aber nicht das alte Haus. es gibt aber eben langfristige Initiativen fürs Studihaus die Sanierungskonzepte werden parallel zur Vertragsverhandlung stattfinden, damit bei Vertragsabschluss schon angefangen werden kann.

Gast: die Stadt möchte nach Übernahme des ABG das von der ABG wieder abkaufen.

Gast: darf nicht den gedanklichen Fehler machen, dass die ABG nicht alles übernimmt, sie hat nur eine Zwischenfunktion, die Stadt ist dann der Verhandlungspartner. weiß auch nicht woher die Mieterhöhungen kommen. gab noch keine Diskussion über den Sanierungsumfang und wen das alles betrifft. es braucht erst diese Absichtserklärung. es geht erst später in die Verhandlungsphase. haben aktuell ein günstiges Zeitfenster, dass die Stadt uns positiv gegenübergestellt ist, und das müssen wir

nun nutzen.

SDS: am Ende des Tages ist der LOI eine Absichtserklärung, kann also am ende nichts sein. es ist wohl so, dass es zweifel am ganzen Prozess ist. aber alles ist sehr vage gehalten und ich vertraue der Stadt, dem AStA nicht dass diese Sachen so übernommen werden. am ende kann der AStA auch was ganz anderes sagen; ihr macht das wohl aus Kulanz, dass das StuPa mitentscheiden kann.

Gast: es sind bei der Stadt vor allem zwei Personen, die dem AStA gut gestellt sind; es ist nicht gegeben dass es das Studihaus in dieser Konstellation so geben kann. es sieht aber so aus dass diese nicht in der nächsten Legislaturperiode dabei sind. der LOI ist einfach der erste Schritt, der so gegangen werden kann, es ist aber eben mit Zeitdruck.

GHSg: von der RL gab es ja das Thema der Variantenprüfung, es gab uA die Idee, Gebäude zusammenzulegen, was aber quatsch ist. dazu kommt, dass das Land nicht unbedingt die Rücklage dafür verwendet. Akut gibt es keine Bemühungen dahingehend.

Jusos: spricht eher dagegen, wenn es nichts festes gibt. das mit den erhöhten Mieten ist nicht nur ein ABG-Thema. dazu kommt, dass eben der Anhang fehlt etc. es wäre gut die Debatte zu vertagen, jemand vom Studiwerk dahaben, der auf spezifische fragen antworten kann

LiLi: zu viele Punkte, die nicht genau geklärt sind. nicht möchten, dass gewisse Selbstläufer gibt - das bez. des Sanierungskonzept. das mit er Mieterhöhung ist neu, aber ebenso gravierend. hätten jemand vom Studiwerk einladen müssen.

RL: das Studiwerk war bei allen treffen eingeladen, auch bei dem, wo es darum ging ob es ins StuPa eingebracht werden kann. aber mit der Kollaboration mit der ABG gibt es wenigstens einen Ansprechpartner. zudem ist Alessio auch im Studiwerk, da wäre ein ausführlicher Bericht schon gut gewesen. der LOI ist so vage, weil es erst später in Gespräche mit der Stadt und dem OH geht. es ist bewusst vage, damit eben im speziellen Fall immer der Beste ausgewählt werden kann.

GO-Antrag: Schließung der Redeliste

Gegenrede **GHSg:** viel zu wenig besprochen. ist das erste mal, dass es im StuPa besprochen wird.

DAFÜR: 5

DAGEGEN: 13

ENTHALTUNG: 4

SDS: es fehlt was von beiden Seiten. einmal gibt es ein Möglichkeitsfenster. aber andererseits kann man ja alles machen. man könnte aber als Studischaft eine Macht schaffen. können immer noch nein sagen, und Menschen am Verhandlungstisch können eine härtere Linie mitnehmen, besonders bez. der Mieterhöhungen. Es sollte aber immer möglich sein, unabhängig von der Regierung eine politische Macht aufzubauen

Jusos: wenn es so unklar ist, wäre es klüger gewisse Sachen herumzuschicken, jemand vom Studiwerk einzuladen welcher sachen besser erklären kann. bevor Sachen wie die Mieterhöhung geklärt sind sollte das nicht abgestimmt werden.

Gast: wir vom OH kämpfen für den Erhalt des Hauses. kann die aktuelle Diskussion nicht nachvollziehen, dass sich über Kleinigkeiten aufgehangen wird. es gibt eine essentielle politische Entwicklung. Denkt in einem größeren Zusammenhang, wenn das Haus eben nicht mehr die demokratische Entwicklung mitgestalten kann.

Präsidiumspause bis 19:45 Uhr

Änderungsantrag des Präsidiums: *(siehe Gönni)*

Jusos: würden dann alle Verträge - oder nur die mit dem AStA mit dem StuPa abgesprochen?

LHG: wäre riesiger Zeitaufwand, und geht uns nichts an, was das OH mit der Stadt ausmacht

RL: würde aus dem entsprechendem Referat heraus berichten, was bekannt ist.

SDS: kann eingeführt werden, dass eine Mieterhöhung eine unverhandelbare Tatsache ist?

RL: es steht so ähnlich sowieso im LOI; das mit im Änderungsantrag

RCDS: diese Themen hätten alles schon in vorherigen Sitzungen anbringen können, und dass wir uns an Kleinigkeiten aufhängen. gibt wohl zwei Auswege: einmal haben wir ein bisschen - oder eben kein Mitspracherecht. Schade, dass es keine eindeutige Position der betroffenen Parteien gibt. können ja mit reinschreiben, dass wir keine Mieterhöhungen wollen; aber wenn danach nicht die Uni mit dabei ist hat das keinen Einfluss. kann sich keinen besseren Deal vorstellen.

SDS: Stichpunkt mieten; stimmt RCDS zu; später Änderungsantrag zu: (*siehe Kjell*) Gast: „zitiert au LOI, 3.2“ es steht so in etwa drin, dass die gleichen Mietkonditionen übernommen werden; die 200EUR kamen in Diskussionen nicht vorher vor.

SDS: das Thema um die Kita und der Wohnheime erweitern; ist im Sinne aller

Jusos: macht keinen Unterschied; entscheiden ob das StuPa hinter dem AStA stehen. geht um Entlastung des AStA. jetzt Bedingungen hinterzustellen macht keinen Sinn, nach unterschreiben kann man das nicht wieder zurücknehmen.

DAFÜR: 5

DAGEGEN: 11

ENTHALTUNG: 6

Änderungsantrag abgelehnt.

Jusos: es geht nicht um das grundsätzliche ablehnen, wir lehnen nur die vorzeitige Übernahme ab. bis dahin kann man bessere Konzepte ausarbeiten etc.

RL: GO-Antrag Schließung der Redeliste was vom Studiwerk gewollt ist steht drin; haben uns lange mit beschäftigt; kommt nichts neues dazu

Gegenrede: **SDS:** wenn es so einfach wäre, hätte man das so durchstimmen können; wenn alles nicht bindend ist aber jetzt soll man auf einmal seine Entscheidung nicht wieder zurückziehen können.

DAFÜR: 11

DAGEGEN: 4

ENTHALTUNG: 6

Redeliste wurde geschlossen

SDS: leuchtet es nicht ein; es wird niemand mit belastet, das Thema kann nochmal deutlich gemacht werden. sagen als StuPa, welche Richtung wir wollen. sehe das aber gerade nicht mehr. es liegt an euch das jetzt zu erklären

Jusos: nicht relevant was im Antrag drinsteht. frage ist danach, ob es rechtmäßig ist, was unterschrieben wurde. wenn aber im Antrag drinsteht dass die Zustimmung entzogen werden kann wird alles nur komplizierter.

SDS: wenn alles irrelevant ist was wir hier bestimmen, was ist dann der Sinn des Stupas? wäre wichtig, das mit den Mieten mit aufzunehmen. es gab seitens des AStAs keine Transparenz. wir sind uns nicht sicher, dass die verhandelnden das verabschiedete nicht umsetzen. Diese Erklärung fehlt.

DL: Korrektur: die Initiativen des Hauses wurden mit einbezogen und eingeladen, auch vom L-Netz etc. Danke für die Arbeit. Zur Frage nach der Miete: findet das auch wichtig. Die Formulierung wie sie ist, zählt, wenn auch verklausuliert. hat selbst keine Einwände dazu.

RCDS: wenn so viele Parteien sich eingebracht haben, ist es wunderlich, dass es jetzt zum ersten mal davon berichtet wird. warum geht man nun si verkopft daran; es ist nur eine Absichtserklärung. wollen wir das Haus nun übergeben oder nicht. was spricht denn nun dagegen? oder dafür?

Jusos: dass die Unterstützung entzogen wird trotz der Unterschrift, ist doch nicht schlimm. Es ist ja bewusst vage gehalten. versch. Räume werden eben nicht nutzbar auf unvorhersehbare Zeit; es gibt also sehr wohl Gründe das abzulehnen.

Gast: was ist der wichtigste Punkt? fürs OH ist es wohl wichtig, dass es dann folgend im Vertrag eben keine Mieterhöhungen einziehen. Aus Gesprächen der Stadt kam raus das mehr nicht verhandelt

werden kann. wenn man das nochmal stark ändern will, gibt es wohl dann keinen LOI mehr, auch weil nach den Wahlen die Bezugspersonen bei der Stadt nicht mehr da sind.

SDS: Änderungsantrag: (siehe Kjell) - der AStA hat dann die Weisung des StuPa, und bekommt dann das Vertrauen

RL: Gegenrede: gibt Untermietvertrag, und wäre sehr schwer diesen da ran zu knüpfen, weil es auch die miete des OHs betrifft an die Stadt und nicht ans Studiwerk.

SDS: kannst du garantieren, das vom AStA entschlossen wird, dass keine Mieten erhöht werden?

RL: muss sich ans OH richten, dass das Studiwerk keine Mehrkosten haben. dieser Vertrag wird nicht zustande kommen. dazu siehe LOI

SDS: zieht Änderungsantrag zurück

Jusos: GO-Antrag: Vertagung

Gegenrede **DL:** formal

DAFÜR: 3

DAGEGEN: 16

ENTHALTUNG: 3

RL: das bezieht sich auf den Mietzins des OH; es geht darum dass die Mehrkosten nicht ans OH übertragen werden. Es geht darum, dass alles hier bestehen bleibt. viel Zeit mit reingebracht; L-Netz stimmt zu und im letzten Hausplenum wurde von allen zugestimmt, dass er im StuPa abgestimmt werden kann. zum RCDS: es gab schon im November berichte, sowie eigentlich beim letzten StuPa es wurde empfohlen, dass es vage formuliert wird damit später das beste ausgewählt werden kann; das gleiche mit dem laufenden Betrieb, dazu gibt es parallel zu den Vertragsverhandlungen Gespräche.

Pia ist nicht da, weil sie eine Infoveranstaltung zum neuen Studihaus macht. Es ist wichtig festzulegen, wie das Studihaus jetzt noch weitergenutzt werden kann

RCDS: namentliche Abstimmung:

Betty: ja

Alessio: ja

Manuel: ja

Lea: ja

Noah: ja

Liv: ja

Gönni: ja

Karla: ja

Phillip: ja

Nabila: ja

Basti: ja

Arlinda: nein

Ajeet: nein

Nadin: nein

Fabian: nein

Noah: Enthaltung

Alejandro: ja

Kjell: ja

Ahmed: ja

Amy: nein

Max: nein

Paul: ja

Gesamt:

DAFÜR: 15

DAGEGEN: 6
ENTHALTUNG: 1

der Antrag wurde angenommen.

Präsidiumspause: bis 20:40 Uhr

GO-Antrag: TOP 7 auf TOP 6
keine Gegenrede

6 1. Lesung Wahlordnung (Drs. 2024/25/29)

GHSg: Kontext: brauchen neue Wahlordnung, da wir stand jz eine Urnenwahl im Winter haben; diese ist sehr teuer. als Studis viel Geld sparen wenn online parallel zur anderen Wahlen stattfindet; Die Wahlordnung ist aber nicht komplett fertig und kann noch abgeändert werden. schlägt vor, alle 4 Modi abzustimmen. das an Verfahren koppeln, den Wahlausschuss zu bestimmen. dazu aber noch kein ausformuliertes Verfahren, das kommt aber noch.

Präsidentin: Vorschlag, Paragraphenweise durchzugehen.

SDS: vorher allgemeine Diskussion über Wahlordnungsänderung?

Präsidentin: kann dann zum jeweiligen Paragraphen genannt werden

zu Paragraph 1:

SDS: war doch mit 2/3 Mehrheit? warum die Änderung.

RCDS: der Absatz meint nur den Wahlmodus. es geht darum, dass es die absolute Mehrheit braucht um vom Modus der Uni abzuweichen

LHG: geht nur den Modus zu entscheiden, nicht die ganze Wahlordnung

DL: wann ist die nächste Wahl?

RCDS: November

GHSg: jetzt im Februar schon, weil sich die Verhandlungen ziehen können. es drängt, deswegen so frühzeitig.

RCDS: Frage: klang so, als ob Alessio noch was dran ändern wollte

GHSg: sehr verklausuliert, das nun einfach klarer ausdrücken. Wenn der Wahlausschuss benannt ist soll der Modus auch gleich benannt sein.

RL: müsste da nicht Februar 2025 stehen?

GHSg: ist die letzte Fassung die herausgegeben wurde.

SDS: sind dagegen, dass es gleichzeitig mit den anderen Gremienwahlen zusammenliegen, im Sommer gibt es einfach das größere Wählerpotential.

DL: Onlinewahlen auch wegen Barrierefreiheit besser, zudem bringt es mehr Wahlbeteiligung

GHSg: Wahlbeteiligung nicht sehr gestiegen. wäre wichtig, einen Modus zu haben, im Sommer zu wählen, denn ja, im Winter ist es sehr unangenehm. Bisher ging das per einmaligem Beschluss, jetzt aber per einfacher Mehrheit. Diese Wahlperiode wurde mit 2/3 Mehrheit die Wahl verschoben. sinnvoller wäre es, die Gremienwahl der uni zu verschieben.

LHG: beim 2. Punkt sehe ich es nicht, dass man die Wahlperiode verlängern kann. wäre doch nicht gut, wenn das StuPa die Wahl verschieben kann. Zudem gibt die neue Wahlordnung nicht die Möglichkeit, diese unabhängig von der uni stattfinden zu lassen.

SDS: sollte drinstehen, dass die Wahl im Sommer stattfindet und nicht variabel ist

SDS: Problem der Onlinewahlen ist, dass diese undemokratisch ist, denn die Menschen wählen uninformatiert. hatten mit menschen am Montag geredet und diese hatten schon abgestimmt, ohne Informationen. Und nächstes Jahr wird das wohl alles wieder geändert werden!

RL: Onlinewahlen als Option sind schon sinnvoll; aber je offener es gehalten wird, desto besser ist es für das StuPa.

RCDS: Hintergrund war ja, dass die Uni die Wahl das nicht mehr bezahlt. jetzt braucht es einen rechtlichen Rahmen. der dritte absatz ist jetzt nicht wunderschön formuliert; finde nicht dass man die Entscheidung dem Wahlausschuss überlassen - aber er kann einen vorschlagen. Dann folgend kann man ihn aber ändern. Die Standpunkte sind klar, es ist klar wer bei Urnenwahlen gewinnt - nicht der SDS. Eine Diskussion darüber ist nicht zielführend.

GHSg: die Kombination der Modi ist sinnvoller als eine Verklausulierung.

DL: GO-Antrag: Redezeitbegrenzung auf 2 Minuten

SDS: Gegenrede: bestimmt die Demokratie; ein Austausch ist wichtig. es kann auch langwierig werden, aber es lohnt sich

DAFÜR: 8

DAGEGEN: 5

ENTHALTUNG: 3

GO-Antrag wurde angenommen.

Präsidentin: stimmt DL zu, will verhindern sich im Kreis zu drehen. bestimmen jetzt nichts, was in Stein gemeißelt ist. gibt Zeit bis nächstes Mal, Änderungsanträgen zu schreiben.

SDS: zur DL: bei Onlinewahlen wird die Beteiligung nicht erhöht. studiere ja Politikwissenschaften; Onlinewahlen erhöhen zwar die Beteiligung, allerdings gibt es ein anderes Demokratieverständnis; wir sind mündig uns zu beteiligen, etc. vs ein liberales negatives Verständnis, dass sich in einer Box eine Meinung bildet. findet es falsch, sich auf eine Onlinewahl zu beschränken, da es zu einer undemokratischen Studentenschaft führt.

SDS: Änderungsantrag: Satz 3.b streichen, da die Sendung der Briefwahlunterlagen zu chaotisch ist, habe selbst noch nie welche bekommen. zudem denken wir an die Studierenden, denn wir wollen einen langfristigen Wahlkampf um die Studis zu informieren GHSg: Gegenrede: Vorschlag für das verfahren, die punkte zu sammeln und in der 2ten Lesung besprechen und dann einen festen Text haben. bringt nichts, dinge abzustimmen und diese dann später wieder zu ändern. bitte, den Änderungsantrag zurückzunehmen.

DAFÜR: 5

DAGEGEN: 7

ENTHALTUNG: 5

Änderungsantrag wurde abgelehnt.

RCDS: haben schon demokratisches Verständnis. haben viel darüber diskutiert und es steht darin, dass es für den Notfall gebraucht, siehe Beispiel aus Corona. das zusammenbauen von Kombinationen ist aber schwierig; gibt gründe warum bestimmte Modi nicht zusammen genutzt werden können, etc. um Vermeidung dieses wurde das so eingebaut in die Wahlordnung

SDS: dass es nötig sei mit der alleinigen Briefwahl, ist es auch möglich die Wahl zu verschieben, kann aber in den falschen Händen die Demokratie aushebeln.

zu Paragraph 3

SDS: Frage, ob Paragraph 3 Absatz 7 existiert? kein Text dazu.

GHSg: liegt daran, dass es nicht so viele Personen gibt, die Ämter zu besetzen. kann da zu Abweichungen kommen.

zu Paragraph 6

SDS: frage, dass di uni als externer Dienstleister dienen? unter welchen Voraussetzungen?

SDS: der Prozess der Onlinewahl ist nicht auf eine Software festgelegt. gibt Lizenz der uni; wie können wir die aufgelisteten Punkte gewährleisten.

LHG: das ganze blockweise? die ganzen Formalia von der uni-Vorgabe übernommen. sinnlos, Voraussetzungen reinzuschreiben die jedes Jahr geändert werden müssen, wenn du nicht jedes Jahr eine neue Wahlordnung abstimmen willst

RCDS: schrieben nur die Anforderungen rein; Möglichkeit der Anfechtung. kann sich die Beweise vorlegen lassen, beispielsweise dass die Urne bis zur Auszählung geschlossen bleibt.

GHSG: kann diese Punkte nicht sicherstellen. Onlinewahlen sind nicht transparent. haben dagegen gekämpft, sind aber gescheitert weil die uni am längeren Hebel sitzt - durch Finanzen. nicht als Selbstverständlichkeit hinnehmen und stattdessen die Wahlen selbst in die Hand nehmen, Onlinewahlen sind undemokratisch

SDS: in Absatz 1 geht es darum, dass Studis aufgeklärt werden, Änderungsantrag an Alessio geben dass diese in verschiedenen Sprachen rausgeschickt werden, denn wir haben viele Erasmus -und geflüchtete Studis.

GHSG: ja, nehme ich mit; Klärung mit Wahlamt.

SDS: geben Autonomie auf und übernehmen Vorgabe der uni. gibt auch andere Gremien, die gegen diese Software sind.

RL: dürfen Erasmus-Studis wählen?

GHSG: bei frage, ob Senat online gewählt werden sollte, gab es Kommission; chaos coputer club wurde eingeladen und die Uni hat dessen Redebeitrag unterbunden. Die Uni wollte das mit allen Mitteln umsetzen.

RCDS: zum Thema zu reden; geht nicht unbedingt um Onlinewahlen. verschiedene Sprachen sinnvoll

SDS: zur Intransparenz: die Wahlordnung ist ja zT von der Uni übernommen; unklar ob diese selbst transparent. wurde nicht mit Studis kommuniziert, dass die Urnenwahl abgeschafft wird.

zu Paragraph 7:

SDS: zu Absatz 2, die letzten 2 Sätze. hier Wahlbeteiligung demokratisch erhöhen. ist zwar zusätzliche Aufgabe für den Wahlausschuss, aber können diesen ja dort unterstützen

GHSG: geht dort vor allem um Adressänderungen; siehe auch die Menge an Rücksendungen von AStA-Zeitungen.

SDS: sollte möglich sein; eventuell Frist setzen; deswegen die letzten beiden Sätze streichen

Präsidentin: wie soll der Wahlausschuss die Personen kontaktieren? haben eben nur diese Adresse.

RCDS: Zustimmung; wenn der Wahlausschuss die Möglichkeit hätte, würde er diese auch nehmen. aber gibt eben viele verschiedene Optionen zur Wahl.

zu Paragraph 11:

SDS: zu Absatz 13; das ausführlicher beschreiben, was genau eine Bedrohung darstellt.

SDS: dass hochschulöffentlich ausgezählt werden soll; wie konkret soll das passieren? zudem sind in Absatz 13 Fehler.

LHG: den Absatz gabs schon vorher; haben einen legitimierten Wahlausschuss; sollten dem zutrauen dass das unter Öffentlichkeitsausschluss passiert.

SDS: Lage der Studierendenschaft in Zukunft durchaus unklar, deswegen genauere Formulierung

RCDS: bei Absatz 13 muss nicht weiter ausformuliert werden; zur Not kann die Wahl angefochten werden; der Wahlausschuss muss für sich selbst festlegen, wie die Wahl ordnungsgemäß ausgezählt wird. Zudem noch Rechtschreibfehler in Absatz 3.

SDS: Politik ist auch abseits von Wahlen; man muss schon genauer sagen, was eine Wahl gefährdet.

zu Paragraph 12:

RCDS: zum d'hondtschen Verfahren; eventuell eine Hürde einbauen um eine Zersplitterung zu vermeiden

SDS: bringt nichts, sonst wird sich nur zum taktischen Wählen beschäftigt.

zu Paragraph 10:

LHG: wo werden dann die ungültigen Stimmen aufgeführt? Dann Appell, diese wieder reinzunehmen; bzw das prüfen.

zu Paragraph 16:

RCDS: zu Absatz 3; hier ist die Autonomie der Wahlleiter geregelt.

Abstimmung:

DAFÜR: 14

DAGEGEN: 3

ENTHALTUNG: 0


Die Wahlordnung ist angenommen

Die Beschlussfähigkeit konnte nicht wiederhergestellt werden;

Das Präsidium schließt die Sitzung um 22:01 Uhr



Gönni C. Landsmann
Präsident*in des Studierendenparlaments



Manuel Paul
Schriftführung